

Nach Gewalttat auf Bürgermeister von Altena



Landtagspräsident André Kuper (CDU) betonte, feige Angriffe werden die Demokratie nicht bezwingen. Bild: dpa

Kuper: Attacke ist Angriff auf Demokratie

Altena/Düsseldorf (dpa). Der Präsident des nordrhein-westfälischen Landtags, André Kuper (CDU, Rietberg), hat die Messerattacke auf den Bürgermeister von Altena (Märkischer Kreis) als „Angriff auf die Demokratie“ verurteilt. „Die Tat traf Bürgermeister Andreas Hollstein, aber sie zielt auf uns alle“, sagte Kuper gestern zu Beginn der Landtagssitzung in Düsseldorf. „Wir sind erschüttert über das Geschehene, aber wir sind nicht gelähmt“, unterstrich der Präsident. „Diese Demokratie lebt und lässt sich nicht bezwingen von ihren Widersachern.“

Hollstein war am Montagabend in einem Döner-Grill in Altena nach bisherigen Erkenntnissen der Ermittlungsbehörden von einem 56-Jährigen mit mutmaßlich fremdenfeindlicher Motivation angegriffen und verletzt worden. Der CDU-Politiker ist für sein Engagement für Flüchtlinge bekannt. Auch zwei Tage nach dem Messerangriff hat der Gewalttäter sein Schweigen noch nicht gebrochen. „Es gibt auch noch keine neuen Erkenntnisse“, sagte ein Polizeisprecher am Mittwoch in Hagen. Unterdessen fordert der Deutsche Städte- und Gemeindebund die

Einführung des Straftatbestandes des „Politiker-Stalkings“. Der 56 Jahre alte arbeitslose Maurer hatte Hollstein am Montagabend angegriffen und ihm eine fünf Zentimeter lange Schnittwunde zugefügt. Gegen den 56-Jährigen wurde ein Haftbefehl wegen versuchten Mordes erlassen. Die Ermittler gehen von einer spontanen Tat aus. Der Mann sei angegriffen gewesen und habe erst in dem Döner-Grill bemerkt, dass der andere Kunde der Bürgermeister war. Hinweise, dass der Angreifer Verbindungen in die rechte Szene gehabt habe, seien bislang nicht

gefunden worden, hieß es bei der Staatsanwaltschaft. Der Mann soll psychiatrisch untersucht werden. Frage ist, ob er haftfähig ist. Hollstein hat nach eigenen Worten Mitleid mit dem Gewalttäter. „Er hat sein Leben verpfuscht“, sagte er in einem Interview. Der Deutsche Städte- und Gemeindebund fordert die Einführung eines Straftatbestandes „Politiker-Stalking“. „Der geltende Stalking-Paragraf 238 Strafgesetzbuch sollte um einen neuen Straftatbestand des ‚Politiker-Stalking‘ ergänzt werden“, sagte Hauptgeschäftsführer Gerd Landsberg.